

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erreiche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit.

erscheint jeden Sonntag. — Abonnementsspreis: pro Quartal durch die Expedition der Kreuzbankenbezogen 1,10 Pf., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen, zu bezahlen durch die Expedition in Gotha. Kreuzbankenbezüge innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare a 1 Pf. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 25 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare a 1 Pf. 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 30 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Postzeitungs-Kreisliste unter Nr. 7114. — Abweichen werden mit 25 Pf. die dreitagsgeplante Zeitung oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 15 Prozent, bei jahrmaliger 20 Prozent, bei zwanzigjähriger 33 1/3 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 32

Gotha, 9. August

1903

In die Ferien.

Ununterbrochen arbeiten macht uns schlaf, mit Ruhepausen abwechselnd arbeiten vervollkommen uns. Montegazza.

Es ist „Hochsaison“ für die oberen Hunderttausend, auf den Bahnhöfen herrscht Leben und Treiben, die Länge der Eisenbahnzüge ist riesig gewachsen, sie sind fahrende Städte, voll elegant gekleideter, froher, lachender und glücklicher Menschen, die in die Bäder, Sommerfrischen, Lustlurote, an die See, ins Gebirge reisen. Es sind die Olympe der bestehenden Klassen, die Aristokratie und Bourgeoisie, die mit Blitzen und Expresszügen dahineilen, da sie nicht schnell genug an das Ziel ihrer Wünsche gelangen können. Wohin eilen sie? Die Bäderfrequenz sagt es uns. Die Kuristen weisen für Mitte Juli folgenden Bestand auf:

Wiesbaden	26914
Majuheim	14894
Kiffingen	14087
Brymont	9535
Nordberney	8940
Neuenahr	7853
Kreuznach	6850
Reichenhall	6295
Homburg v. d. H.	6133
Harzburg	4764
Travemünde	3321
Wyk auf Föhr	2057
Soden	2018
Salschörlf	1924
Königstein i. T.	1508
Brüdenau	1356
Niedendorf	1234
Schwartau	1189
Timmerdorfer Strand	739
Total	19 121611

In 19 Bädern zusammen 121611 Kurgäste, von denen gewiss 95 Prozent Deutsche und höchstens 5 Prozent Ausländer (Russen, Engländer, Amerikaner usw.) sind. Dazu kommen noch die Tausende in den Hunderten von kleinen Bädern, die über ganz Deutschland verbreitet sind, ferner die Tausende in den bayerischen, österreichischen und schweizerischen Alpen. Es sind also Hunderttausende, Angehörige der bestehenden Klassen, die im Sommer, während der schönsten Jahreszeit, wochen- und monatelang Ortswechsel, Lustveränderungen, Erholungen, Berstreunungen, Vergnügungen, Genüsse aller und der feinsten Art haben, des Lebens in reichlichstem Maße sich erfreuen und dabei ihre Gesundheit kräftigen und befestigen, ihre Lebensdauer verlängern können.

Wer sind denn diese Glücklichen? Fürsten, Prinzen, Junfer, Minister, Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Fabrikdirektoren, Handelsherren, Bankiers, Spekulanten, Börsejobber, Beamte, Advokaten, Professoren, Aerzte u. s. w. Die „wichtigsten“ Personen im Staate, im Handel und Industrie usw. spannen auf monatelange Dauer aus, um das süße Nichtstun zu pflegen, in dem die meisten von ihnen sowieso große Meister sind und merkwürdig, das ganze Getriebe geht trotzdem seinem Gang; ein Beweis, wie viele von den Herrschäften, die sich selbst so wichtig und unentbehrlich vorkommen, absolut überflüssig sind.

Aber auch ein weiterer Beweis dafür, wie ungemein extravagant die Arbeit ist, die den Unterhalt dieser kostspieligen Existenz gestaltet.

Aber gerade darum leidet sie selbst umso mehr. Der glänzende, große Reichtum bedingt die graue tiefe Armut der Massen. Darum auch müssten diese, trotzdem sie es am nötigsten hätten, auszuspinnen, ununterbrochen im Juche der alltäglichen Tretmühle verbleiben, bis man sie auf die Straße wirft, wegen Mangel an Arbeit oder um sie auszuspicken. Selbst in der jetzigen günstigen Jahreszeit sind noch zehntausende ehelicher Arbeitswilliger beschäftigungs-, existenz- und verdienstlos, ein Teil davon am Ende als Arbeitslose, der andere aber drauf als „Reisende“ auf der Landstraße. Seit Jahren, seit die Beunruhigung der Arbeiter zum Programm der Unternehmensorganisationen geworden, sind stets Tausende von Arbeitern ausgesetzt, als ehelicher Arbeitswilliger von dem Terrorismus der Unternehmer brutal an der Arbeit gehindert. Die Zahl der in diesem Jahre in

Pirmasens, Herlohn, Hannover, Bremen, Dresden, Köln und andern Orten von den Unternehmern ausgeschafften Arbeiter dürfte nahezu die 50000 erreichen. Diese Tatsache ist überaus beachtenswert. Verlangen die Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit, so wird die Forderung mit der Begründung abgelehnt, daß dann die Produktion zurückgehen und so verteuert, dadurch aber die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden würde; verlangen die Arbeiter alljährlichen Ferienurlaub, so wird ihnen die gleiche Antwort zu teilen. In den achtzig Jahren bekämpfte der brutale Geldsackpolitiker Bismarck die Sonntagsarbeit, da das deutsche Volk nicht reich genug sei, auf die Sonntagsarbeit zu verzichten! Aber dazu soll es reich genug sein, jahraus jahrein Tausende von untreuwilligen Arbeitslosen und von Ausgepperten zu ertragen. Die Schuhfabriken, welche zu den Gläsern gehören, die in die Bäder gehen und das Leben genießen können, die angeblich nicht in der Lage sind, die von den Arbeitern geforderten Arbeitswohne zu zahlen, die natürlich den Arbeitern auch keine Ferien bei Fortzahlung des Lohnes gewähren, sind aber reich genug und zwar unbeschadet ihrer Konkurrenzfähigkeit, in Pirmasens 8000 Arbeiter auszuputzen und wochenlang auf den Profit aus deren Arbeit zu verzichten; sie sind reich genug, die Unorganisierten selbst zu unterstellen und sie sind endlich reich genug, 20000 Pf. als Gründungsbeitrag an eine Streikbrecher-Organisation zu verschenken.

Wir sind angeblich nicht reich genug, den nüchtesten und geplagtesten Gliedern der Gesellschaft jährliche Ferien zu bewilligen, aber wir sind reich genug und die Produktion leidet nicht darunter, 600000 junge Männer in den Kasernen mit Paradevilli, Knopspuzen und ähnlichen ebenso nützlichen wie geistig anregenden Arbeiten zu beschäftigen und 1100 Millionen Mark für ihren Unterhalt in einem Jahre aufzubringen.

Tatsächlich ist aber die heutige Gesellschaft mit ihren unermöglichen Schäden und Gütern, mit der in keinem früheren Zeitalter der menschlichen Kultur gelangten, geradezu unbegrenzten Produktivität der Arbeit vollständig in der Lage, allen Menschen ein angenehmes Dasein, auch mit alljährlichen Ferien bei vollem Lohn, zu gewähren, ebenso wie der Achtstundentag als allgemeiner Normalarbeitszeit möglich ist. Aber nicht bloß die Gesellschaft als Gesamtbegriff vermag den Arbeitern das Leben angenehm zu machen, auch der einzelne Unternehmer. Bereits gewohnt zahlreiche genossenschaftliche, Aktien- und Einzel-Unternehmungen ihren Arbeitern und Angestellten Urlaub, ferner Staat und Gemeinde und wieder die Rentabilität noch die Konkurrenzfähigkeit leidet darunter, was auch, wie Montegazza zutreffend sagt, sehr begreiflich ist, da uns die Ruhepausen vervollkommen. In England und Amerika gibt es ganze Industriestädte und -Gegenden, in denen alljährlich in den Sommermonaten alle Fabrikarbeiter für ein oder mehrere Wochen abgestellt und den Arbeitern wie Beamten Erholungszeiten gewährt werden. So lesen wir in einer Ferienbetrachtung darüber:

„In England ist der Arbeiter-Tourist keine ungewöhnliche Erscheinung mehr. Seit langem schon z. B. wird in den meisten Industriorten von Lancashire eine Woche im Juli, August oder September gefeiert. Viele Arbeiter der Baumwollindustrie sowie der Maschinenindustrie nutzen diese Woche zu Erholungsreisen. Die einen durchstreifen das Hügelland von Derbyshire und die Gestade der englischen Seen; die andern gehen nach London, manche gar nach dem Kontinent; die meisten aber an das Meer, die Insel Man und die Bäder von Blackpool sind um diese Zeit von Arbeiter-Touristen über schwemmt. Es gibt sogar in Lancashire Spezialkassen für Ausflüge und Erholungsreisen. Eine davon, die von Oldham, zahlt jährlich 65 000 Pfund aus, wovon 40 000 auf die Arbeiter der Baumwollindustrie, 20 000 auf die der Maschinenindustrie entfallen.“

Was die Arbeiter in Lancashire haben, das könnten die Arbeiter in ganz England und in allen Industrieländern haben und was die Textil- und Maschinenindustrie in Lancashire in dieser Beziehung zu ertragen vermag, das ist der gesamten Industrie möglich.

Die Ferienbetrachtung läßt auch die ganze Halbheit aller bürgerlichen Reformbestrebungen erscheinen. Man hält z. B. nationale und internationale Tuberkulosekongresse ab und gründet Vereinigungen zur Bekämpfung

dieser Volksseuche; aber man erhöht gleichzeitig die Vieh- und Fleischölle um 600 Prozent, trotzdem reichliche Fleischnahrung zu den besten Vorbeugungsmitteln gegenüber den Gefahren der Tuberkulose gehört und man tut auf der andern Seite nichts zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur allgemeinen Einführung von alljährlichen Arbeiterferien, trotzdem die Arbeiter genau wissen, daß die Lieberanstrengung, die chronische Erkrankung die Tuberkulose-Erkrankungen fördert, die Ruhe und Erholung dagegen die Gefahr vermindert und die Arbeiter widerstandsfähiger macht. Das ist ja das Elend unserer heutigen Verhältnisse, daß man trotz der bestern Einsicht, trotz der klaren Erkenntnis aller Zusammenhänge, viel zu wenig auf dem so vielseitigen Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege tut, der die ganze Sozialreform dienen sollte; ist doch die Gesundheit das höchste Gut des Menschen und ihre Erhaltung sollte darum die wichtigste Aufgabe aller gesetzgebenden und administrativen Maßnahmen sein. Heute haut man wohl Lungensanatorien, um sich ein sehr nützliches Tun, aber daneben sollte auch alles getan werden zur Verhütung der Tuberkulose-Erkrankungen.

Die heutige kapitalistische Gesellschaft ist in Bezug auf die Behandlung der Arbeit noch mit allen Eierschalen der Barbarei bedeckt. Die Arbeit ist das Stielstück, verächtigt und mißhandelt, während der reiche Mittelpunkt, der an Kosten der Arbeit lebt, sich preist und alles beherrschit. Die Befreiung dieses ungerechten, empörenden Zustandes ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung und darum bekämpfen wir den selben, darum streiten wir für die Befreiung und für die Freiheit der Arbeit. Dieser unser Kampf hat eine lebensherrliche Tendenz, der die Dichterworte entsprechen: „Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben“. Die letzten Worte sollten wir zur Wahrheit machen und es sind dazu heute schon alle Bedingungen vorhanden. Der Stand der Arbeitsmittel gewährt die Möglichkeit, beim Achtstundentag und bei alljährlichen mehrwöchigen, bezahlten Ferien für alle Glieder der Gesellschaft so viel an Gütern zu produzieren, daß ihre Menge zur reichlichen Deckung des Bedarfs hinreichend. Ganz unnötigerweise soll und muß heute noch der Arbeiter das Arbeitstier sein, aber es wird dieser drückende Zustand nur so lange bleiben, als es die Arbeiterschaft, von deren Wollen und Können das ganze Getriebe abhängt, duldet. Millionen aufgeklärter Arbeiter sind schon entschlossen, allmählich das ganze Joch abzuschütteln und ein weiterer Schritt zur Befreiung und zur Menschwerdung ist auch das gänzliche Ausspannen von der Arbeit für eine oder mehrere Wochen, um frei aufzutreten, sich der schönen Natur und des Lebens zu freuen. Darum Kollegen in die Ferien!

Zur Lohnbewegung der Berliner Maschinenmacher.

Wie bereits in der vorletzten Nummer des „Fachblatt“ kurz berichtet wurde, ist nach elfmöglichster Dauer der Streit der Berliner Maschinenmacher durch einen Vergleich beigelegt worden. Überlings mit einem Vergleich, der mit Absicht auf die lange Dauer des Kampfes und der dabei gebrachten persönlichen und materiellen Opfer, als ein für die Arbeiter unbefriedigender betrachtet werden muß. Anderseits wäre es aber vollständig verfehlt, wenn man aus der Hoffnung der Vergleichsbedingungen heraus würde, daß der Kampf in bezug auf die tatsächliche Befreiung der Lohnarbeiterlinie resultlos verlaufen ist. Im Gegenteil glauben wir, annehmen zu können, weniger auf die von den größeren Geschäftsinhabern persönlich ihren Arbeitern gegenüber gegebenen, immerhin unverbindlichen Versprechungen, sondern auf Grund der gegebenen Tatsachen, daß die nachfolgenden Tarifverhandlungen in einer gemeinschaftlichen Kommission zu wesentlichen Lohnherhöhungen führen dürften, wenn sich die Arbeiter mit einer mehrjährigen Tarifgemeinschaft einverstanden erklären.

Bei den eigenartigen Arbeitsverhältnissen der Friedrichstädtischen Maschinenfabrik liegt eine Festlegung der Lohnsätze auf längere Zeit durchaus im Interesse der Geschäftsinhaber selbst. Es muß anerkannt werden, daß sich dieselben in den vorherigen Jahren durch das Drängen der Arbeiter nach einer allgemeinen Lohnbewegung und den sich vollzogenen partikulären Bewegungen in einer festen Beurtheilung befinden, die gerade auf die bestreite Maschinenmacher zur Höchststufe ungünstig einwirken mußte. Und die Arbeitgeber müssen auch ganz genau, daß durch den langen Kampf seineswegs die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gebrochen ist, daß die Ruhe nicht durch Riederaudienzen derselben erzwungen werden kann, und daß, wenn eine allgemeine Bewegung, wie die verlossene, auch für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheint, daß die partikulären Bewegungen wieder mehr hervortreten werden.

Die Festlegung der Lohnbedingungen auf längere Zeit liegt ja auch teilweise im Interesse der Arbeiter. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn in den jüngsten Lohnverhandlungen der Schuhmacher eine einheitliche Regelung Platz gäbe, doch ist für die Arbeiter eine längere Bindung an einen Tarifvertrag nur dann angebracht, wenn die berechtigten Wünsche derselben die weitgehende Verbindlichkeit finden. Für belanglose Zusagen würde werden die Arbeiter nicht geneigt sein, sich länger Zeit in ihrer Aktionsfähigkeit hindern zu lassen.

Die Tarifverhandlungen werden den Vertretern der Arbeiter Gelegenheit geben, auf Grund der Tatsachen beweisen zu können, wie berechtigt die Lohnforderungen und daß dieselben zum Teil auch erfüllbar sind. Es wird ferner durch die Verhandlungen möglich sein, die anfängliche Lohnbewegung entstandene bedeutsigen sozialen Aufstiege, namentlich in bezug auf die Aufstellung der dritten Lohnstufe, zu befehligen. Der Abschluß eines Tarifgemeinschaft ist nur durchführbar, wenn Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als gleichberechtigte Akteure angesehen werden. Dieser Einstieg scheint sich die Arbeitgeber auch nicht zu verstellen, denn zu den Verhandlungen selbst sollen offiziell je ein Vertreter beider Organisationen hinzugezogen werden.

Bemüht mit eingesangs erwähnt, daß die Vergleichsbedingungen, unter welchen der Ausstand abgelegt wurde, für die Arbeiter unverträglich sind, so beruft dies darin, daß es nicht gelungen ist, die Arbeitgeber zu sofort zu erfüllenden bestimmten Forderungen im obigen Sinne zu zwingen. Zum ersten Male stand den Schuhmachern eine schlagdichte, durch hohe Konventionalstrafen zusammengehaltene Unternehmerallianz gegenüber, an welcher 41 Geschäftsinhaber beteiligt waren. Von diesen wurde nur die Hälfte in Mitteldeutschland gejagt. Bei einem weiteren Teil verlor sich die Wirkung des Ausstandes rasch, indem einerseits die Arbeiter teilweise in den Ausstand traten, andererseits es auch möglich war, die Arbeit herauszufinden, zu befehligen. In den letzten Tagen des Kampfes bekränzte sich die tatsächliche Wirkung des Ausstandes nur auf jährliche der feindlichen und größten Machtgefechte. Auf diese Gefechte kommt allerdings eine starke Wirkung auszuüben, wenn sich für diese war an vollständigen Erfolg durch Tätigkeit Arbeitwilliger nicht zu denken, so redlich wie man auch bemüht war, selbst in anderen Städten Streikarbeiten unterzugeben. Diese Geschäftsinhaber war es nur dadurch möglich so lange im Widerstand zu verharren, daß sich ihre Kundschaft mit dem Ausfall der Beziehungen einverstanden erklärte. Daß das ja war, hat sich zur Genüge bei der Biedermeierauflösung der Arbeit herausgefunden, indem nicht allein die in Betracht kommenden Arbeiter gleich vollauf vorliegen, sondern in einzelnen Fällen noch Mehrstellungen erfolgten. Teilsweise befanden unsere Kollegen wieder die beim Ausbruch des Streiks liegen gelassenen Arbeitern mit. Auf diesen Tatsachen fußend, hat es denn auch nicht an Stimmen aus Kollektivtreffen geteilt, die auf eine Weiterführung des Kampfes drängten. Diese unterzogen sich zum Schlusß die Einwirkung einer Unternehmensaktion. Aus dem Kampfe um eine materielle Besicherung entwickele sich ein Kämpfekampf, Nacht rang gegen Nacht und in unglaublicher Weise führten die Arbeiter den wochenlangen Kampf, und führte der selbe auch zu ungünstigen Vergleichsbedingungen, gelang es uns nicht, die Nacht der Arbeitgeberaktion zu brechen, so können sich andererseits auch die Arbeitgeber nicht dessen rühmen, so angängig wie sie auch bemüht waren, selbst zum Schlusß nach dem Vorwurf der Vergleichsbedingungen so zu formulieren, daß jeder Erfolg der Arbeiter ausgeschlossen erscheine. Den Kampf selbst aber noch wochenlang auf einer ungünstigen Ausgang hin fortzuführen, war nicht mehr möglich, da mit ungebührlichen Schwierigkeiten, welche sich mit jedem Tage mehren, gerechnet werden mußte.

Wir müssen eben auch aus diesem Kampfe erlernen lernen, daß wir bei weitem noch nicht stark genug gerüstet sind, um solche Räume erfolgreich durchzuführen zu können. Die Gleichgültigkeit unserer Kollegen, die unzureichend, ihre wahre Klasselage zu erkennen, in die schwache Stärke der Unternehmer, welche gegen uns zu Auseinandersetzung kommt. Leider gibt es unter den Berliner Schuhmachern einen erheblichen Teil, die die meinen, ihre Arbeitsleistung sei unerfassbar, die die glauben, nur fordern zu dürfen, um gleich zu erhalten. Diese individuellen Überzeugungen haben durch die Verhältnisse viel dazu beigetragen, den Aufbau der Organisation zu behindern. Vielleicht haben nunmehr diese Kollegen die Lehre aus diesem Kampfe gezogen, daß sie innerhalb der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse als einzelne Person genau ebenso ein Risiko bedeuten, wie jeder andere verlässliche Proletar.

Die Ortsverwaltung.

Aus unserem Beruf.

— Vorsicht vor Engagement nach Budapest.

— Camen. Bei der Firma C. Henner sind Lohnunterschieden ausgebrochen und ersuchen wir den Zugang nach hier freigemacht zu halten.

— Altötting. Die Lohnunterschieden bei den Zwidern sind auf gütliche Weise beigelegt.

Arbeitsvermittlung im Schuhmachergewerbe. In den Arbeitsmarktausweisen des Heftes 4 des „Reichsberichts“ finden sich über die Arbeitsvermittlung in unserm Berufe folgende Angaben für den Monat Juni: Verein deutscher Schuhmacher in Berlin 12 offene Stellen und 24 Arbeitssuchende, 9 Vermittlungen. Bemerkung: Schuharbeiter und mechanische Schuhfabriken gut, Altkleinfabrikanten ziemlich gut. Ballenbauamt Leipzig 24 offene Stellen und 7 Arbeitssuchende, 2 Vermittlungen. Schuhmacherinnungen: Potsdam 9 offene Stellen, 4 Arbeitssuchende und 2 Vermittlungen. Hannover 26 offene Stellen, 88 Arbeitssuchende und 26 Vermittlungen. Frankfurt a. M. 82 offene Stellen, 28 Arbeitssuchende und 16 Vermittlungen. Nürnberg 38 offene Stellen, 58 Arbeitssuchende und 28 Vermittlungen. Bei den nicht belegten Stellen konnte die Arbeit von den Suchenden nicht geleistet werden. Dresden 71 offene Stellen, 75 Arbeitssuchende und 71 Vermittlungen. Erfordernis waren 75 Gehälften, da 4 Gehälften die Arbeit aus irgend einem Grunde nicht annehmen.“ Leipzig 116 offene Stellen, 185 Arbeitssuchende und 107 Vermittlungen. 9 Stellen mußten unbefristet bleiben, weil die Arbeitssuchenden für diese Stellen nicht geeignet waren. Braunschweig 87 offene Stellen, 85 Arbeitssuchende und 85 Vermittlungen. Amtmeister Hamburg 111 offene Stellen, 112 Arbeitssuchende und 111 Vermittlungen. Faß überall ist demnach das Arbeitsangebot größer gewesen als die Nachfrage.

— Von der Berliner Schuhindustrie. In dem jüngst erschienenen zweiten Teil des Jahresberichtes des Amtselektionsgerichts der Berliner Kaufmannschaft schreibt ein Schuharbeiter: „Die Arbeitsmarktpolitiker haben sich verneint. Einsetzen möglicht die Konkurrenz unter den Schuhhändlern durch immer neue Gründung von Schuhgeschäften, so daß die Preise immer mehr gedrückt werden, andererseits hat eine beträchtliche Preissteigerung des Rohmaterials stattgefunden; sämtliche Ober- und Unterleder sind teurer geworden, weil das Rohmaterial durch den Absatz nach Nord-Amerika zu knapp geworden ist. Die magazinierenden Schuhfabrikanten planen demnach, sich zusammenzutun, um eine allgemeine Erhöhung der Preise durchzuführen. Unter den obigen Verhältnissen haben auch die Befreiungen der Fabrikanten Fortschritte gemacht, durch direkten oder indirekten Verkauf an das Publikum einen sicheren Abzug zu gewinnen. Sehr beachrührend wird die Branche durch die Annahme der neuen Gebotssätze, welche der Schuhfabrikation eine weitere Erhöhung der Kosten bringen würden. Einige Konflikte sind zu verzeichnen; doch wurden nur Geschäfte davon betroffen, die längst als schwach

bekannt waren; im allgemeinen hat sich die Branche besser gehalten, als man erwartet hatte.“

— Schuhhändler und Schuhfabrikanten. Der alte Schuhhändlerverbund sieht sich durch die Konkurrenz des neuen Verbundes gezwungen, bei seinen Mitgliedern durch strenggeführte Erhebung über den Verkauf von Schuhen seitens der Herren Fabrikanten an ihre Arbeiter und das Privatpublikum zu zwingen, ebenso darüber, ob die Fabrikanten öffne oder verschließte Detailsverkaufsstellen haben. Es wird wohl noch dazu kommen, daß die Schuhhändler von den Behörden verlangen, sie mögen die Schuhfabrikanten unter Polizeiaufsicht stellen.

— Aus der Schuhindustrie. Die Schuhfabrik von Baumann in Sangerhausen ist von einer neu gebildeten Gesellschaft mit bevorrechteter Haftung übernommen worden, desgleichen von einer solchen die Schuhfabrik Schneider in Ko. in Bitterfeld. Das Stammlinial der letzteren beträgt 88 000 M.

— Nachlässe vom Schuhmacherkretsch im Magdeburg. Der Schuhmacherkretsch der männlichen des verlorenen Schuhmacherschaft einen „Arbeitswilligen“ mit dem Namen „Streikbrecher“ belebt hatte, wurde fälschlich von dem Schriftsteller zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Interessant war, daß der angebliche Beleidiger (Schuhmacherkretsch) auf die Frage des Vorrichtenden, ob er sich denn tatsächlich beleidigt fühle, seine Antwort geben konnte! Ob er beleidigt war, wußte er gar nicht einmal! Und drogten die Verurteilung!

— Ameritas Schuhexport gestaltete sich seit 1892 folgendermaßen:

Jahr	Baar	Jahr	Baar
1892	746112	1898	1207481
1893	492027	1899	1984277
1894	647818	1900	8016720
1895	822412	1901	8492041
1896	1026255	1902	8966766
	1224484		

Der Steigerung der Menge entsprach stieg in der Lieferungsperiode auch der Wert des Schuhports von 500 000 Dollar in 1892 auf 7 Millionen Dollar in 1902, aber die Steigerung des Wertes beträgt das 14-fache, diejenige der Menge nur das 5-fache, was auf den Übergang zu höheren Qualitäten schließen läßt. Den größten Anteil an diesem Export haben England und seine Kolonien, Deutschland partizipierte 1892 mit 812, 1902 mit 122 689 Pfund daran. Die Steigerung ist relativ groß, das Quantum an sich aber gegenüber einem Bedarf von 100 Millionen Paar unbedeutend.

— 22 Fälle sind in der Zeit vom 6. bis 12. Juli aus deutschen Schuh- und Schuhfabriken bei der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft angemeldet worden.

Die Organisation für Streikbrecher gegründet.

Nachdem der erste Versuch der Fabrikanten und ihrer Helfer, der so verhaschten Organisation der Arbeiter durch eine Gegenorganisation den Garans zu machen, so läßlich gescheitert war, waren wir keinen Augenblick im Zweifel, daß die Fabrikanten einen weiteren Versuch machen würden. Doch scheute man sich diesmal, das schwere Nachmal der in der Öffentlichkeit hergestellten, weil das Ding absolut keine Kritik vertragen kann. Man lud auf Donnerstag abend diejenigen, die man für充分 genug oder für fähig hielt, einen Berat auf ihren Arbeitsgenossen zu begehen, diesmal schriftlich zu einer Versammlung in das Café Utopold ein und — o Freude des Schiffs! — in denselben Saal, in welchem die Fabrikanten die Ausperrung beschlossen hatten.

Trotzdem die Nacht geheim gehalten war, versammelten sich am Donnerstag abend ca. 200 Arbeiter vor dem Café Utopold, um ihre guten Kollegen lernen zu können. Zur Vorstellung blieben bismal auch die Männer unter den Fabrikanten fern; andererseits hat man auch informiert die Personen gemeinsell, daß anhant des Herrn Christmann ein Herr W. Rau den Vorstand führte. Herr Christmann soll, wie wir hören, den Vorstand gemacht worden sein, er ist damals in die Turnhalle zu dummen gewesen. Darüber soll sich nun Herr Christmann so gerächt haben, daß er zu den Christlichen gehen will. Wer aber nun Herrn Rau vor geschafft hat, soll ganz genug sein. Will und kann ich mich gestehen faulst.

Zu der Versammlung hatten sich ca. 80 Personen eingefunden, darunter vielleicht 30—40 Arbeiter. Um nun diese neue Blamage zu verdecken, setzt man von einer Versammlung, in der aus jeder Fabrik Delegierte erschienen waren. Das Wort „Jeder Arbeit“ ist gut, damit soll jedermann den Arbeitern glaubhaft gemacht werden, daß dem Verein eine glänzende Zukunft beschieden ist.

Richtig als Schwindel! Es waren die Werkmeister und einige Vorarbeiter aus einer geringen Anzahl von Fabrikanten anwesend, sowie einige Mädchen und alte Leute. Letztere hat wohl die verprobte „Alterskasse“ angeladen, die sie aber gewöhnlich schon vor dem 50. Lebensjahr durch einen Suizid ausbezahlt bekommen. Ein Herr Schmidt verlas das von uns bereits in letzter Versammlung verlesene Statut und Herr Büdkerkreuzerbeister und Kreisgerichtsratsküppeling Billig hielt die Rede. Herr Billig begreift es nicht, wie der Verein deutscher Schuhmacher den neuen Verein „Streikbrecherverein“ nennen kann. Aus dem Statut sei zu erkennen, daß der Vorstand unbeschreitbar sei. Herr Billig, der ja das höchste Statut gehabt hat, sollte doch nicht so auf die Dummheit der Arbeiter spekulieren. Denn gerade ein Berufsmittelbesitzer hat sich davon ausgesprochen, daß, nadem er die Statuten jetzt lernen gelernt habe, er nicht mehr im Zweifel sei, daß der Verein deutscher Schuhmacher recht habe, und daß man tatsächlich die Mitglieder des neuen Vereins zu Streikbrechern erziehen will. Und nur an Herrn Billig die Anfrage: Wollen Sie wirklich den Leuten meismachen, der Verein sei kein Streikbrecherverein? Da handeln Sie gegen Ihre Lehrerung, denn das glaubt Ihnen kein Huimacher, daß Sie den § 20 des Statuts nicht verstehen.

Damit aber auch andere Leute in klaren sind, wollen wir ihn zu allem Neuerdings noch einmal veröfentlichen. § 20 lautet: „Die aktiven Mitglieder werden verpflichtet (also nicht die passiven, zu denen die Fabrikanten gehören. D. R.) die Kasse in dem Hinsicht zu unterstützen, daß sie einer Arbeitsleistung in keiner Weise Vorhalt leisten.“ (Also mit Lohnabzügen zu rechnen sein müssen. D. R.) Auch sind sie verpflichtet, im Falle einer Arbeitsleistung jede ihnen gebotene Arbeitsgelegenheit anzunehmen (das ist Streikfreiheit. D. R.), da sie andernfalls ihrer Unterstzung verloren gehen.“ Das genug, Herr Billig, um ihr Machwerk zu kennzeichnen.

Herr Billig begrüßt es, daß schon so viele passive Mitglieder vorhanden seien, daß man auf 7000 M. pro Jahr rechnen könne. Da möchten wir doch den Herren raten, unter sich zu bleiben und die Arbeiter in Ruhe zu lassen. Die 7000 M. pro Jahr können sie sehr gut verwenden, wenn sie bauliche Fabrikanten und Geschäftsläden unterstützen, vielleicht würde dort auch eine Baunaunterstützung nichts schaden.

Da die aufsteigenden Löhne haben sich auch nicht alle Versammlungsdelegaten eingezogen, trocken es lauter ausgeschaltete Ware war. Dies beweist uns, daß auch Leute da waren, denen der Geschäftsrat an der Arbeit des Herrn Billig verloren ging. Rächtliche Woche soll nun die Beratung fortgesetzt werden. Wir sind neugierig, wie dieser Witzgebur das Schnanzen beigebracht wird.

Dänischer Schuhmacherkongress.

Copenhagen, den 26. Juli 1908.

Am Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10½ Uhr wurde der neuzeitliche dänische Schuhmacherkongress durch den Vorsteher des C. F. Malets eröffnet. Anwesend sind 54 Delegierte einschließlich des Centralvorstandes. Als Gäste sind anwesend Kollege Chr. Ristom-Stodholm, Vorsteher des schwedischen Verbands und Genosse M. Olsen-Kopenhagen, Vorsteher der zusammenwirgenden dänischen Handwerksverbände.

Rathaben der Schuhmacherhandel einige Fehler gefangen, die Maleten die Delegierten wollten und führt u. a. folgendes aus: Ich bin überzeugt, daß ein jeder Delegierter von dem Dänischen bestellt ist, daß die Verhandlungen und Beschlüsse, die in diesen Tagen gefaßt werden, zum Nutzen der Organisation gesetzen. Es sind gerade heute 50 Jahre, daß wir die Organisationsarbeit begonnen. Es war dies eine schwierige Arbeit, in Keller und Dachkammer mußte man die Kollegen aussuchen und sie zu bewegen suchen, sich der Organisation anzuschließen. Ging es auch langsam, so stehen wir doch am heutigen Jubiläumstage mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl vertreten über das ganze Land.

Zur Tagesordnung übergehend wird zunächst eine Mandatprüfungskommission gewählt und darauf Punkt 2 und 3 erledigt. Samtliche Mandate werden für gültig erklärt. Dem Vorstandsbereich und Rechenschaftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Verband besteht aus 49 Filialen mit 2448 Mitgliedern, darunter sind 288 weibliche. Zur Streitkasse im eigenen Fach wurden 4871 Kronen verausgabt, für andere Verbände und Ausland 28 469 Kronen, für arbeitslose und reisende Mitglieder 58 806 Kronen. Beide Berichte wurden einstimmig genehmigt.

Zwei Glückwunschkarten waren eingelaufen, das eine vom dänischen Schuhverband, das andere vom norwegischen Schuhmacherverband. Damit waren die Sonntagsverhandlungen vorbei. Am Abend waren sämtliche Delegierten und ca. 1000 männliche und weibliche Mitglieder der hiesigen Filiale im Lokale Bodroholz, um das 30jährige Stiftungsfest zu feiern, welches glänzend verlief.

Bei Punkt 6, Statutenänderung, begann die Montagsverhandlung, welche auch den ganzen Tag in Angriff nahm. Das wichtigste war das Repräsentationsrecht zum Kongress. Setzten hätte jede Filiale, wenn es 5 Mitglieder hätte, das Recht, einen Delegierten zu entsenden, größere Filialen für je 100 Mitglieder einen Delegierten. Es wurde nun beschlossen, daß nur Filialen von 15 bis 100 Mitglieder einen Delegierten entsenden können. Das Fachblatt, das bisher monatlich erschien, soll vierteljährlich erscheinen, doch wurde der Geschäftsausschuß beauftragt, gegebenenfalls Extranummern herauszugeben, z. B. bei Streiks, Ausperrungen usw. Dies waren die hauptsächlichsten Punkte.

Soziale Kundschau.

Die deutsche Lederverindustrie. Nach dem jüngsten Jahresbericht der Lederverindustrie-Berufsgenossenschaft gehörten ihr am 1. Januar 1902 2847, Ende 1902 dagegen 8564, um 717 Betriebe mehr an, welche Zunahme aber auf die Waffenüberlieferung von Tapetenherstellern zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist die Zahl der verschafften Personen um 887, von 65 899 auf 64 662 zurückgegangen. Die Lohnsumme ist dagegen um 265 781 M. auf 80 105 682 M. gestiegen, so daß das jährliche Lohnentommen jeder verschafften Person durchschnittlich 944 M. beträgt, um 276 M. mehr als bei der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft. Von den bei der Genossenschaft verschafften Betrieben gingen im Berichtsjahr 83 mit 786 Arbeitern und einer Gesamtlohnsumme von 729 894 M. in Konkurrenz gegenüber 29 Betrieben mit 374 Arbeitern und 826 510 M. Lohnsumme in 1901. Unfälle fanden 1469 vor, Entschädigungen wurden 542 580 M. gezahlt. — Das „Schuh und Leder“ haben in 1902 6 Lederverarbeiten mit 11 Millionen Mark Aktienkapital Dividenden von 5, 10, 10, 9, 6½ und 5 Prozent an ihre Aktionäre entrichtet, 10 andere Betriebe, deren Aktien zum Teil nicht an der Börse eingeführt sind und die ein Aktienkapital von 12½ Millionen Mark haben, versetzen keine Dividende, sondern schließen mit einem Verlust von 600 000 M. ihre Rechnungen ab. Trotzdem sind die Lederverarbeiten den Börsen beliebte Papiere. — Die Aktiengesellschaft für Lederverarbeitung der Hefele & Co. in Aachen hat 1902 so viel Gewinn erzielt, daß ihre Aktionäre 10 Prozent Dividenden erhalten. Dagegen schlossen die Lederverarbeiter vormals Mayer, Michel & Denninger in Mainz mit einem Verlust von 284 157 M. ab.

Der Verband der Lederverarbeiter, dem vor 10 Jahren der Centralverein der Gerber und Lederverarbeiter beigetreten ist, hat die Krise, die ihm der durchgebrachte Wissensmangel verursachte, gut überwunden. Nach der Abrechnung für das I. Quartal 1903 zählt er 4570 Mitglieder und ein Vermögen von 29 870 M.

Bürgeramt und Politik. Im allgemeinen erfüllt besonders das Bürgeramt in Darmstadt und Unterlüßigkeit gegenüber den jungeren Geschäftshäusern, die nur darum besser in Geschäftsbewandlung und Vermaltung die große Rolle spielen können, zu der absolut nichts berechtigt. In den ersten Kammern, die von Dörfchen und abhängigen Elementen, fügen besonders großenteils nur Jünger und abhängige Elemente. Nun hat die Stuttgartische Handelskammer in Betracht der Interessen der kommerziellen und industriellen Unternehmer an die Regierung und die beiden Häuser eine Güte gerichtet, in der der geringe Einfluß „unserer deutschen Geschäftswelt“ auf das öffentliche Leben kontrastiert und betont wird. In den ersten Kammern kein einziger Industrieller oder Kaufmann das Recht auf Sitz und Stimme hat. In der zweiten Kammer überwiegt der Einfluß der Landwirtschaft, trotzdem die häufigste Besetzung die gräßliche Hälfte der Gesamtberücksichtigung ausmacht und ihre Steuerleistung zu derzeitigen der Landwirtschaft sich wie 4:2 verhält. Und ebenso verhält es sich mit dem Einfluß in der Regierung. Natürlich wird die Aktion, wenn auch gegenüber der Arbeiterchaft Stellung genommen wird, z. B. im württembergischen Landtag nur 6 Vertreter hat. Zum Schluß verleiht die Ingabe: es möge der neuere Entwicklung der Produktivität und Steuerlast des Landes ausreichender Rechnung gebragen und darauf Bedacht genommen werden, daß eine der Größe und Bedeutung von Industrie und Handel entsprechende Vertretung in der Städteversammlung, ebenso aber auch bei den genannten Wählern herbeigeführt und für die Dauer gesichert wird. Also wohl Jenseitswahlrecht? Das wäre kein Fortschritt, sondern Realität. Das beste System ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Proportionalwahl und außerdem volle Abstimmung der wahlberechtigten reaktionären ersten Kammern, die vorne heute nicht mehr in allen deutschen Bundesstaaten bestehen. — Die ganze Geschichte erinnert vor mir, weil sie eine Folge der vom preußischen Handelsminister Müller an die Handels- und Industriebehörden gerichteten Auflösung ist, nach größerem politischen Einfluß zu bringen. Bei den letzten Wahlen hat aber das alte Bürgeramt und außerdem Wahlkabinen in den Reichstag verholfen.

Christliche Lügen

werden wieder einmal in der christlichen Gewerkschafts- sowie in der bürgerlichen Presse über den angeblichen Terrorismus der modernen Gewerkschaftsbewegung verbreitet. Diesmal soll es der Maurerverband in Köln gewesen sein, welcher in der

"schöfsten" Weise gegen die christliche Organisation vorgegangen ist. In eitl. christlicher Weise wird da zusammengelegten, daß der Maurerverband die christliche Organisation bei der Bauarbeiterauspeßung in Köln ausfallen wollen, indem die Vertreter des Maurerverbandes erläutert hätten, sie würden den Vertrag (über die Beendigung der Auspeßung) nur dann unterschreiben, wenn der christliche Verband keine Bereitung in der eingetragenen Kommission zur Schlichtung lütiger Differenzen erhalten. Die Sache liegt aber so, daß die "christlichen", die dazu nur einen kleinen Teil der Organisierten ausmachen, in die Kommission — einen Streitbrecher entstehen, mit dem natürlich die auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung stehenden Gewerkschaften nicht zusammen schließen wollten. Statt nun ihren Feinden gut zu machen und einen einwandfreien Vertreter zu präsentieren, schlossen die "christlichen" mit den Arbeitgebern einen Sondervertrag und nahmen die Arbeit auf, ehe die Mehrheit der Beteiligten so dafür ausprägte. Die wohlverdiente Befreiung, welche die Christlichen von den freien Gewerkschaften erfuhren, bringen sie nun, indem sie die Ursache der Auseinandersetzung teils verfehlte, teils umständlich, in ihrem Eingang an die Unternehmerspreche als Entschuldigung für den Abschluß des Sondervertrages vor. Jeder Penning, der nach diesem Vorsatz noch an Streitunterstützung ausbezahlt worden wäre, hätte als Diebstahl von Arbeitergeschenken bezeichnet werden müssen", hält es da nun, nun — wo möglic ist, da kann auch ein Christlicher nichts stecken, und es wäre wohl ethischer gewesen, wenn die Christlichen zur Entschuldigung auf ihre unzureichende, für Lohnkämpfe gar nicht berechnete Kasse verwiesen hätten. Aber hier wird wieder verschwiegen, daß sie sich gar nicht damit begnügt haben, selbst die Arbeit aufzunehmen, sondern daß sie öffentlich aufgefordert haben, die christlichen Bauarbeiter ganz Deutschlands mögen nach Köln kommen, um dort Streitbrecher zu spielen. Man hofft, so die freien Gewerkschaften in Köln zu vernichten und gleichzeitig eine so große Anzahl christlicher Streitbrecher nach dort zu ziehen, daß der christliche Streitbrecherband dort einige Bedeutung gewinnt. Das war der Plan und dieser Plan hat natürlich auch die Sympathie der Kapitalistenpreise, welche ehrliche christliche Arbeiter ohne weiteres mit den verhafteten Sozialdemokraten in einen Tropf misst. — Der wahre, "christliche" oder teuflische Plan ist mißglückt; daher nun die Wut!

Protokoll

der fünften außerordentlichen Generalversammlung der Zentral-Kräanten- und Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Schluß.)

Sitzung vom Donnerstag, den 9. Juli,
vormittags.

Die Sitzung wird um 8 Uhr eröffnet.
Vor § 1 berichtet die Mandatsprüfungskommission, daß von dem früheren Mitglied Weber aus Koblenz nachträglich ein Protest gegen die Wahl Walzigs eingegangen ist. Bejaht wird, daß Walzig bei 34 in der Versammlung anwesenden Mitgliedern nur 15 Stimmen erhalten habe, während er nach dem Wahlprotokol 78 Stimmen erhalten haben soll. Walzig hierüber befragt, bestreitet die Angaben des Weber. Da Erörterungen nicht mehr angestellt werden können, beantragt die Kommission, dem Walzig das Mandat zu belassen, aber den Vorstand zu bestaunten, Schreibungen in der Sache anzustellen und eventuell die geeigneten Schritte zu tun. Es wird demgemäß beschlossen. Die Dütten für die Abgeordneten werden auf 11 Mr., für die Vertreter des Vorstandes auf 8 Mr., für den Voten auf 7 Mr. pro Tag festgesetzt.

Es wird nunmehr in die Einzelberatung des Statuts eingetreten.

Der Antrag, den früheren § 12, Abs. 8 wiederherzustellen, kommt nicht zur Beratung, weil derselbe ungültig ist.

Angenommen werden folgende Anträge:

§ 3, Abs. 7 zu formulieren: Unter verantwortlichen Berufsgenossen sind zu verstehen: Personen, welche in Schuhfabriken als Zulieferer, Händler, Packer, Krämer, Stanzer, Stepper, Vorarbeiter usw. arbeiten sowie Pantoffelmacher, Gerber und Lederverarbeiter.

§ 6, Abs. 2 zu streichen.

§ 8, Abs. 8: Die Beiträge mit Ausnahme der ersten Klasse in allen übrigen Klassen um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen.

§ 8, Abs. 8 lehnen Sie zu formulieren. Ebenso dürfen Mitglieder, welche noch anderweitig gegen Gewerkschaft verzweigt sind, nur der niedrigsten oder nachstehenden Klasse angehören, welche an ihrem Verhältnisort zunächst den gesetzlichen Ansprüchen entspricht.

§ 11, Abs. 2. Das Krankengeld pro Woche um 80 Pf. zu erhöhen.

§ 11, Abs. 8 leiste Deute hinter „Wochen“ einzufügen: 26 Wochen. § 11, Abs. 5 leisten Sie zu formulieren. Auch kann die Behandlung durch einen Naturheilundigen, sofern derselbe sein Examen vor einer von den Naturheilvereinen aus praktischen Verlegen niedergelegten Kommission abgelegt hat, gewährt werden.

§ 12, Abs. 1 zu formulieren: Die Krankenunterstützung (§ 11) endet, wenn die Krankheit mit Erwerbsunfähigkeit nicht verbunden ist, spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche vom Beginn der Krankheit. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit besteht mit dem Ablauf der 26. Woche vom Beginn des Krankengeldbeuges. Im Falle des § 11, Abs. 5, Satz 2 endet die Naturalleistung (§ 11, Abs. 1, Biffer 1) mit dem Ablauf der 18. bzw. 26. Woche nach Inanspruchnahme der Leistungen.

§ 12, Abs. 2 zu streichen. Abs. 3, Zeile 5 die Worte „bzw.“ bzw. in den ersten 26 Wochen ihrer Mitgliedschaft für 18 Wochen“ zu streichen. Abs. 4, Zeile 5 die Worte „oder wenn die Krankheit durch geistige Auszweigungen hervorgerufen ist“ zu streichen. Zeile 9 fügt „wird“ zu legen „kann“. Abs. 5, Zeile 6 statt „18 Wochen“ zu setzen „26 Wochen“.

§ 12, Abs. 6, Zeile 5 hinter „Krankengeld“ einzufügen: „in der ersten Klasse 15 Pf.“.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Sitzung vom Donnerstag, den 9. Juli,
nachmittags.

Die Sitzung wird um 2 Uhr eröffnet und in der Beratung des Statuts fortgesetzt.

Folgende Anträge finden Annahme:

§ 15, Abs. 1, Zeile 10 die Worte „Wohne“ bis „nicht übersteigen darf“ zu streichen und dafür zu setzen „eine Ordnungsstrafe bis zum dreifachen Betrage des jährlichen Krankengeldes für jeden einzelnen Übersteitungsfall eintritt“. Dasselbe in Abs. 4, wie auch in § 17, Abs. 2 und Abs. 8.

§ 22, Abs. 1 an Stelle des Worts „Ausdruck“ zu setzen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Sitzung vom Donnerstag, den 9. Juli,
vormittags.

Die Sitzung wird um 8 Uhr eröffnet und in der Beratung

des Statuts fortgesetzt.

§ 26, Abs. 8 zu streichen. In Abs. 4 die Einleitung zu formulieren: „Dem Ausdruck ist die Prüfung“ usw.

Damit ist die Statutenberatung beendet. Bei Beratung der Allgemeinen Anträge wird beschlossen, daß die nächste ordentliche Generalversammlung 1905 und zwar in Gotha stattfinden soll.

Mündlich beantragt, den Vorstand zu beauftragen, in Zukunft seinen Anträgen zur Generalversammlung eine Begründung beizugeben.

Baffie erklärt hierzu, daß dem insoweit Rechnung getragen werden könne, als Anträge, die nicht klar verständlich seien, eine kurze Erklärung beigegeben werden kann. Damit wird sich einverstanden erklärt.

Im Anschluß an den Eventualbeschuß zu § 22 wird als Sitz der Beschwerdekommission (Schiedsgericht) Frankfurt a. M. bestimmt. Die Beschwerdekommission (Schiedsgericht) werden gewählt: Brünne, Höhlein, Imhof, Knautus und Obersberger. Als Geschäftsmänner werden gewählt: Köhl, Rieling, Haas, Ulfers und Schanzendorf.

erner wird beschlossen, daß das abgeänderte Statut, wenn möglich am 1. Oktober 1903, andernfalls mit dem 1. Januar 1904 in Kraft treten soll.

Das Protokoll soll nicht in Druck hergestellt, sondern in verkürzter Form im Schuhmacherblatt veröffentlicht werden.

Heraus werden die noch ausstehenden Protokolle verlesen und genehmigt.

Nach einem kurzen Schlussswort, in welchem Baffie einen Nachdruck auf die Verhandlungen wirkt, schließt der Reihe um 6 Uhr nachmittags die Generalversammlung.

ges. A. Baffie, Vorstand.

W. Zimmermann, Schriftführer.

Die Mitglieder:

Robert Unger, Wilhelm Lühring, Fr. Lödt.

Mitteilungen.

Berlin. Eine Generalversammlung der Filiale Berlin nahm den Geschäfts- und Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörterte die Versammlung das Änderten der im vorlesenden Quartal verstorbene Kollegen durch Erhebung von den Blättern. Die Einnahmen der Centralstelle betragen 3072,90 Mr. Die Mitgliedszahl ist 1913 gegen 1778 im vorigen Quartal, mitin eine Zunahme von 140 Mitgliedern. Die Kranenkassenklasse hatte eine Zunahme von 58,10 Mr., die Arbeitslosenkasse eine solche von 12,60 Mr. Die Rosafabrik hatte eine reine Einnahme von 1864,11 Mr., mitin des Kassenbestandes von 7716,90 Mr. und des angelegten Kapitals von 8072,00 Mr. eine solche von 5718,01 Mr. Die gesamten lokalen Ausgaben betragen 2955,47 Mr., der Kassenbestand 751,72 Mr., das angelegte Kapital 2005,82 Mr., mitin die Bilanz steht 5718,01 Mr. Unter den Lokalausgaben sind zu erwähnen für Streits 1619,65 Mr., für Agitation 251,56 Mr., für Verpaltung 611,06 Mr. Die Abrechnung der Lizenzenanmeldungen für die Ausgekostenen in Pirmasens und die freien Berliner Kollegen soll mit der Abrechnung des heimelnden Streiks in etwa 10 Tagen gegeben werden. Für Pirmasens sind der Zentralrat 3900 Mr. übertragen worden. Auf Antrag der Rentieristen wurde der Rassifler entlastet. Ein Antrag, den freien Berliner Schuhmächnern, soweit dieselben Sipplike in der Betriebsverfassung des Vereins inne haben, die Blagniete für die Dauer des Streiks zu erlassen, wurde angenommen. Am Anfang des Quartals war die Bewegung noch eine äußerst lebhafte, was einstens auf die notwendigen Vorbereitungen um Messe in der Hauptstadt jedoch auf die Schuharbeiterbewegung zurückzuführen war. Im weiteren Verlauf konzentrierte sich das Interesse immer mehr auf die herausragenden Streiktagesschlachten, durch welche naturgemäß die gewerkschaftlichen Ausgaben mehr in den Hintergrund rückten mussten. Außerdem nahm auch der durch das ganze Quartal sich hinziehende Streik der Pirmasenser Schuhmächer die Kräfte der Verwaltung stark in Anspruch. Es fanden statt 5 öffentliche Versammlungen und wurden von Mitgliedern der Kommission 21 Fort- und Werkstattkonferenzen beigelegt, an welchen 851 Personen sich beteiligten. Ferner fanden statt eine Generalversammlung und fünf Branchenversammlungen, zwei Vorstands- und vier Beratungsmannerversammlungen, sowie noch zwei Sitzungen der Beschwerdekommission. Ein von den Beratungsmännern und der Ortsversammlung aufgestelltes Regulatio für die Arbeitsevertretermänner wurde einstimmig angenommen.

Heimbach bei Nienburg. Eine eigenartige Hebe gegen die Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmächer fingen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft und deren Führer in Szene zu sehen, wobei sie die letzten Reichstagswahlen heranziehen, um die katholischen Arbeiter gegen uns zu machen, weil die Sozialdemokratie in der Wahlauswahl nach den Zentrumslandabten gewählt haben und der deshalb unterlegen ist. Aus Rache fordern sie die katholischen Arbeiter auf, aus der freien Gewerkschaft auszutreten und den christlichen beizutreten. In ihrem fanatischen Herker über ihre Niederlage haben es die Christlichen so weit gebracht, daß wenn unsere Bertrauenleute sich hätten hinreisen lassen, schon schwime Folgen entstanden wären. Auch im Saalabtreten ließen diese Herren schon seit langerer Zeit das denkbar mögliche, so daß wir nicht in der Lage sind, ein Verhandlungstool zu erhalten. In den christlichen Gewerkschaftsräumen wird beständig den freien Gewerkschaften vorgehalten, daß sie Politik treiben und jetzt sagt man, daß der Verein deutscher Schuhmächer für den Zentrumslandabten nicht Propaganda gemacht hat. Nach dieser Richtung hin werden die katholischen Arbeiter von den Zentrumsabten in der ganzen Umgebung von Nienburg schwer gemacht. Ein eigenartigkeiten Charakter offenbaren einige Arbeiter, die bei der Auspeßung für vier Wochen lang die Unterstützung auslangen liegen und jetzt nährendem sie dem Verein ausgenommen haben, demnach den Rücken kehren, weil der Zentrumslandabten nicht gewählt wurde, es sind dies die Herren Ludwig Högl und Jakob Klein, die nun zu den Christlichen übergetreten sind. Unsere Kollegen werden wissen, wie sie solche Leute einzuschätzen haben, den Christlichen aber gratulieren mir zum Erwerb solcher Mitglieder.

Lemberg bei Pirmasens. Seltene Gäste beobachteten an einem der letzten Sonntage vormittags unter Dorf. Der Herren, ausgerüstet mit Flugblättern reichen Inhalten von den Verbindungen des Ortho-Dienterschen Gewerkschaften, gaben sich redliche Mühe, um die Zeitel an den Mann zu bringen, mit der sichern Hoffnung, gute Erfolge für ihre Würde durch Gewinnung von mehreren Mitgliedern für ihre Gemeinschaft in dem von Schuhmächnern bewohnten Ort zu haben. Sämtliche Schuhmächer wurden freudig eingeladen, nach Beendigung der Kirchenfeier in ein bestimmtes Hotel zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. Man sollte meinen, es hätten sich doch Freuteger finden müssen, welche auf die Anspröhung von solchen Unterstützungen eingehen. Aber von alledem nichts, lange Zeit dauerte es und es kam niemand, endlich erschienen vier Schuhmächer, die sich oberflächlich hielten, also Bertrauenleute der Schuhmächer zu hören, was die Herren eigentlich wollten. Es stand auch eine Aussprache statt, wobei die Beteiligenden wohl einander lehrten, daß hier in Lemberg die Arbeiter bereits wissen, wo ihre Interessen an besten vertreten werden, nämlich im Verein deutscher Schuhmächer. Um eine Erfahrung reicher, zogen die Herren getrennt Haupt von damals und der heilige Geist wird wahrscheinlich für längere Zeit von den Apostolen des Ortho-Dienters auspeßt werden müssen. Nun, die Christlichen haben sich mit ihrem Gewissenspeßung in Lemberg keinen Erfolg geholt.

baben würden. So sollten es unsere Kollegen in allen denjenigen Orten machen, wo diese Harmoniedusler in ihre Nähe kommen und im trüben fließen.

Pirmasens. Durch die Auspeßung verschaffen sich am heiligsten Platze in mehreren Betrieben die Zwischmaschinen Einzug. Es waren früher schon Verluste unternommen worden, aber bei den billigen Zwischmaschinen, welche hier noch bestehen im Verhältnis zu anderen Orten, kommen dieselben nicht aufzutreten. Auch dieses Sjöein die Sache nicht zum besten zu geben und besonders bei der Firma B. König passiert es. Schön legten einige Zwicker die Arbeit nieder, weil selbst nicht gewillt waren, daß den mebrigen Affordlohn oder Wochenlohn. Beides wurde von der Firma abgelehnt und sollten die Zwicker gezwungen werden, wenn sie weiter arbeiten wollten, den niedrigeren Preis anzunehmen. Doch die betreffenden Kollegen legten sofort die Arbeit nieder, nachdem durch das abweisende Verhalten der Firma Einigungssuche unmöglich waren. Der Herrenstandpunkt ist so arg ausgeprägt, daß den Arbeitern nicht geholfen wird bei den Preismärkten selbst vorzusprechen. (Das illustriert die Arbeiterschlechtheit in der Praxis.) Nicht wegen Einführung der Zwischmaschinen, wie im „Gebäld“ irrtümlich Weise berichtet wurde, ist die Arbeit übergelegt worden, sondern wegen der miserablen Löhne, welche dafür bezahlt werden sollten. Nur machen die Arbeiter den tatsächlichen Fehler, daß sie nicht hindringen und auch ohne Genehmigung der Centralverwaltung eigenmächtig vorgingen, dabei waren aus solche Kollegen beteiligt, welche mit den Zwischmaschinen nichts zu tun hatten. Seit dieser Zeit, zehn Wochen ist es her, sind dreimal Verluste gemacht worden, Affordlöhne eingeführt, und jedesmal zogen es die Zwicker vor, lieber die Arbeitsstellen zu verlassen, als daß für geringe Löhne auszusteigen zu lassen. Werden Löhne für Bedienung der Zwischmaschinen gezahlt, daß die Arbeiter in der Lage sind auszusteigen, so haben auch die Pirmasenser Zwicker gegen die Einführung der Zwischmaschinen nichts einzubringen. Raum sind einige Wochen verstreut seit der Auspeßung und nun glaubte die Firma Gmeinder es jet angetragen, den Zwicker Lohnabzüge zu machen, auf 20 bis 30 Pf. an verhängten Arbeiten, auch glaubte sie durch verschiedene Chancen es fertig zu bringen, daß die Zwicker sich den Abzug gefallen ließen. Man verlor es, den Zwicker weiß zu machen, daß dies neu eingeführte Mittel seien und es nicht möglich sei höheren Preise zu zahlen. So treiben es die Herren Fabrikanten, um mit ihren Arbeitern stets in Ruhe und Frieden zu leben. Die Zwicker, die bis auf einen alle organisiert sind, haben sich gezeigt, daß sie zu den reduzierten Löhnen diese Arbeit verweigern, nur der Zwicker Heinrich Dötsch kann es mit seinem Charakter vereinbaren und läßt zu den reduzierten Löhnen, obwohl er den Kollegen versprochen hatte, dies nicht zu tun. Was man hier von unter den Kollegen denkt, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Solche Elemente führen den Arbeitern den größten Schaden zu. Auch von andern Fabrikanten hört man wieder die gleiche Klag, daß sie nichts verdienen, aber zur Grundierung von Streitbrechernverheiten können sie laufen, von Kurt hinauswirken. Die Arbeiter haben demnach alle Ursache vorzeitig zu sein, um nicht in ihnen gefallene Fällen zu geraten.

Oberrhein. Vor länger Zeit konnte die Verwaltung der Zählstelle Oberrhein infolge ihrer intensiven Tätigkeit berichten, daß sie Höhe von 88 Mitgliedern erreicht hatte, aber leider sollte dieser Erfolg nicht von langer Dauer sein. Die Vorgänge, die hier stattgefunden haben, sind zwar nicht von guter Wirkung gewesen, aber Kollegen man kann doch nicht wegen einiger Elemente eine ganze Zählstelle zu Grunde geben lassen und darum ist es wichtig eines jeden Kollegen, sich wieder aufzurichten und zu zeigen, daß er Wahrheit und Tugend hat. Die Laiheit, die unter den Kollegen herrscht, muß verschwinden, ein jeder muss es sich zur Aufgabe machen, die Individuen aus ihrer Trägheit aufzurütteln. Und dann Kollegen befürchtet befreit die Mitgliederversammlungen, denn es ist fair, wie es hier in letzter Zeit zugeht, besonders die Kollegen der Firma Gebr. Leinen werden gemahnt, ihrer Befürchtung nachzukommen.

Kohlwein. Wie den Kollegen wohl allen bekannt sein wird, ist unser bisheriges Versammlungstool, die „Weltmühle“, vom 1. August wieder neu bestellt. Dieses Tool wird uns auch jenseitig zur Verfügung stehen. Der Versammlungsbuch läßt immer noch viel zu wünschen übrig, hauptsächlich aber glänzen unsere Kollegen jetzt durch Abweisenheit. Wir haben jetzt 228 Mitglieder und müssen infolgedessen für die Zukunft bessere Versammlungsbücher zu verzeihen haben, besonders da nur alle vier Wochen eine Versammlung stattfindet, so ist das Ofen nur geringfügig, welches verlangt wird. Die nächste Versammlung ist Sonnabend, den 8. August, abends 9 Uhr und wird eine zaptige Beteiligung erwarten.

Weißenseis. Vor den Schranken des hiesigen Schöffengerichts waren die Steppermänner Orlam. Peisch, Alois, Klob und Leising erşıchen, um sich vor der Staatsanwaltschaft gegen eine Anzeige des Schuhfabrikanten H. Böhme zu verantworten. Der Anklage ergab folgender Tatbestand zu Grunde: Am 9. April dieses Jahres ergab sich in der Fabrik des Herrn Böhme ein Aushang, wonach die Steppermänner aufgefordert wurden, besseres und lehrreiches Material zu verwenden. Die Arbeiterinnen waren nicht ohne weiteres gewillt, diese Wehrmaut selbst zu tragen, sondern sie verlangten einen Aufschlag auf den Lohn oder Deckung der erhöhten Ausgaben durch den Fabrikanten. Diesem zu entsprechen war Herr Böhme keineswegs geneigt, lediglich weigerte sich aber die Arbeiterinnen dem Wunsch des Herrn Böhme nachzukommen, um sich dadurch ihr Einflussverhältnis zu schwächen. Diese Begeisterung veranlaßte den etwas nerös veranlagten Fabrikanten, die plötzliche Entlastung der Arbeiterinnen vorzunehmen. Diese plötzliche Entlastung hatte es bewirkt, daß am Sonntag bereits begleitete Arbeit nicht ganz fertig geführt werden konnte. Es waren Lohnabzüge von 80 Pf. bis 1.08 Mr. ausgeschabt, für welche Arbeit noch nicht erfolgt war. Eine „Bewegungsbedingung“ war eigentlich gar nicht zu verzögern, da selbst die Steppermänner, welche mit dem höchsten Gehalt in Frage kommen, nur dadurch an der Arbeit befindet war, daß eine Vorrichtung einen halben Tag von der Arbeit wegblieb und der Fabrikant eigentlich für den Lohnausfall haftbar war. Trotz dienen hier fast augementiösen Vorwürfen fühlten sich Herr Böhme an seinem Vermögen so leicht geschädigt, daß er Strafanzeige wegen Beirat erließ. Die Gerichtsverhandlung selbst gestaltete sich sehr heiter, besonders als Herr Böhme auf den Vorwurf, die Anzeige sei nur als Rachezauber aufgestellt, erklärte, daß die Anzeige setzt sich vor diesem erachtet, worauf der Vorsitzende des Gerichtsfores feststellte, daß an denselben Tage, an dem die Justiz vom Gerichtsgericht eingezogen wurde, die Strafanzeige erstellt wurde. Dieses lachte Böhme dadurch zu entkräften, indem er ruhig meinte, die Justiz und die Strafanzeige müssten sich getrennt haben. Diese Bemerkung erregte nicht nur im Büroraum, sondern stellte auch bei den Richtern Dilemma. Als Beleidigung zeigte es wiederum, wie vor dem Gerichtsgericht, der Bruder des Fabrikanten, Herr Werkführer Franz Böhme, auf. Selbiger nahm selbstverständlich alle vorgelegten Fragen auf seinen Kopf, was immerhin sein gutes Recht ist. Nur ein erlauben wir uns im Interesse der Arbeiter dieses Betriebes bemerkenswert zu müssen: Da Herr Franz Böhme glaubt, in Arbeitersachen ein Wort reden zu können und die Arbeiter des Betriebes ihm manches anvertrauen, so zeigen obige Vorgänge, daß sich die Arbeiter dieser Fabrik dienen Herrn gegenüber recht ungefähr verhalten müssen. Nun, die Richter haben in der Sache unserer Kolleginnen contra Böhme gepröbt, denn vor dem Gerichtsgericht wurde Böhme wegen unberechtigter

